

Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Pflege

28. Sitzung

6. November 2023

Beginn: 09.35 Uhr
Schluss: 12.46 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Silke Gebel (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) und Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP).
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen und anschließend dort abrufbar sein wird (Bild und Ton) sowie dass den anwesenden Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gestattet ist.
- Dem Ausschuss liegt die Einladung vom 13. Oktober 2023 vor.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Im Vorfeld der Sitzung wurden zwei Fragen schriftlich eingereicht:

- „Welche Maßnahmen werden seitens der Senatsverwaltung in Anbetracht des aktuellen Urteils des Sozialgerichts zum Einsatz von Poolärzt:innen durch die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin ergriffen, um eine Überlastung der Rettungsstellen zu verhindern?“

(Fraktion der SPD)

- „Welche Angebote hat der Senat den gegen das Land Berlin auf Gleichbehandlung klagenden Krankenhausträgern gemacht, um eine gütliche Einigung zu erzielen und Schaden vom Land und dem kommunalen Unternehmen Vivantes abzuwenden?“

(Fraktion Die Linke)

Mündlich werden folgende Fragen gestellt:

- „Wie schätzt der Senat die Situation im Urbankrankenhaus angesichts der fortlaufenden Beschwerden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Resolution¹, die die BVV Friedrichshain-Kreuzberg im Oktober gefasst hat, ein?“

(Fraktion der CDU)

- „Wie beobachtet der Senat die Preisanstiege und Steigerungen bei den Zuzahlungen für pflegebedürftige Menschen im Bereich der Pflege, die u.a. durch die wichtigen Tarifanpassungen für das Pflegepersonal entstanden sind und versucht der Senat, ein soziales Netz einzuziehen, damit die pflegerischen Leistungen in dieser Stadt weiterhin auf einem hohem Niveau gewährleistet sind?“

(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Im Anschluss an die Beantwortung der Fragen durch Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) schließt der Ausschuss Punkt 1 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) berichtet und beantwortet gemeinsam mit Herrn Dr. von Dewitz (SenWGP, I F) Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Im Anschluss schließt der Ausschuss Punkt 2 der Tagesordnung für die heutige Sitzung ab.

¹ gemeint ist die dortige Drucksache - DS/0797/VI, beschlossen am 18. Oktober 2023.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Umsetzung des Green Hospital-Programms für
Berlin**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0158](#)
GesPflieg

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Frau Abg. Gebel (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf für ihre Fraktion.

Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) nimmt einleitend Stellung.

Die Vorsitzende stellt die Zustimmung der Anzuhörenden bezüglich der Liveübertragung und weiteren Veröffentlichung der Aufnahmen fest.

Es werden angehört und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Marc Schreiner, Berliner Krankenhausgesellschaft,
- Frau Christina Schröter, Landesamt für Soziales und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg und
- Frau Stephanie Künnemann, Landesamt für Soziales und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

Im Rahmen der Aussprache nimmt Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) erneut Stellung und beantwortet gemeinsam mit Frau Dr. Wrede (SenWGP, I D 5) Fragen der Ausschussmitglieder

Im Anschluss beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Situation des KMV in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0187](#)
GesPflieg

- | | | |
|----|---|---|
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Nachhaltige Verbesserung der Unterbringungs- und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus des Maßregelvollzugs
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0156
GesPflieg |
| c) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/0993
Unzumutbare Zustände im Krankenhaus des Maßregelvollzugs beenden – Platzmangel beheben, Arbeitsbedingungen verbessern und Masterplan sofort umsetzen! | 0186
GesPflieg(f)
Haupt
Recht* |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 28.08.2023

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt das Wortprotokoll der Anhörung vom 28. August 2023 vor.

Zu Punkt 4 c) liegt weiterhin die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz vor. Dieser empfiehlt mehrheitlich (mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD) die Ablehnung des Antrags.

Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 4 a) erfolgte in der Sitzung am 28. August 2023. Auf eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 4 b) sowie des Antrags zu Punkt 4 c) wurde in der Sitzung am 28. August 2023 verzichtet.

Im Rahmen der Beratung nehmen Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) und Frau Staatssekretärin Haußdörfer (SenWGP) Stellung und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder. Ebenfalls im Rahmen der Beratung beantragt Frau Abg. Gebel (GRÜNE) im Namen ihrer Fraktion hinsichtlich des Antrags zu Punkt 4 c), im ersten Spiegelstrich die Worte „bis zum 30.06.2023“ durch „bis Ende 2023“ zu ersetzen. Sie beantragt weiter, das Berichtsdatum auf „31. März 2024“ zu ändern.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Die Besprechungen zu Punkt 4 a) und b) werden abgeschlossen.
- Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Antrag – Drs. 19/0993 – wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

- Der Antrag zu Punkt 4 c) – Drs. 19/0993 – wird abgelehnt.

(mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD)

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0155](#)
Situation und Unterstützungsbedarfe bei Long
COVID und Post-Vac
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD) GesPflieg
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0168](#)
Versorgung von Long-COVID-Patient*innen sichern
und ausbauen: Stand und politischer
Handlungsbedarf
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke) GesPflieg
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0182](#)
Aktuelle Versorgungssituation bei Long-, Post-
COVID und Post-Vac-Syndrom.
Unterstützungsangebote für Menschen mit Long-,
Post-COVID/Post-Vac-Syndrom in Berlin
(auf Antrag der AfD-Fraktion) GesPflieg

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 05.06.2023

- d) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [0214](#)
Drucksache 19/1173
Einrichtung von Long/Post-COVID/Post-Vac-
Ambulanzen in Berlin GesPflieg
- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 [0150](#)
Absatz 3 der Verfassung von Berlin und § 3 Satz 1 des
Berliner COVID-19- Parlamentsbeteiligungsgesetzes
Drucksache 19/0798
Vierte Verordnung zur Änderung der Zweiten
SARS-CoV-2-Basischutzmaßnahmenverordnung
VO-Nr. 19/125 GesPfliegGleich

Zu Punkt 5 a) bis c) der Tagesordnung liegt das Wortprotokoll der Anhörung vom 5. Juni 2023 vor.

Die Begründung der Besprechungsbedarfe zu Punkt 5 a) bis c) erfolgte in der Sitzung am 5. Juni 2023.

Frau Abg. König (SPD) begründet den Antrag zu Punkt 5 d) für die antragstellenden Fraktionen und beantragt zugleich, das Berichtsdatum auf „31. März 2024“ zu ändern. Dem stimmt der Ausschuss einstimmig (mit CDU, SPD, GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD) zu.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Senatorin Dr. Czyborra (WGP) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Die Besprechungen zu Punkt 5 a) bis c) werden abgeschlossen.
- Der Antrag zu Punkt 5 d) wird mit geändertem Berichtsdatum „31. März 2024“ angenommen.

(einstimmig mit CDU und SPD bei Enthaltung GRÜNE, LINKE und AfD)

- Die Vorlage zu Punkt 5 e) wird zur Kenntnis genommen und die Besprechung abgeschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt einstimmig (mit den Stimmen aller Fraktionen), den in der Sitzung am 25. September 2023 gefassten Beschluss, bei der Präsidentin des Abgeordnetenhauses die Genehmigung für eine Ausschussreise nach Kopenhagen, Dänemark im Zeitraum vom 08. bis 11. April 2024 zu beantragen, dahingehend abzuändern, dass die Reise im Zeitraum 11. bis 14. März 2024 stattfinden soll.

Die nächste (29.) Sitzung findet am 20. November 2023, 9.30 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der stellv. Schriftführer

Silke Gebel

Scott Körber